

Antragsteller: Fachbereich Umwelt

Agrosprit – eine gefährliche Sackgasse. NaturFreunde für Verbot von Agrotreibstoffen. Boykott von E10.

Empfänger: Umweltminister Peter Altmaier, Umweltminister Franz Untersteller, alle Ortsgruppen der NaturFreunde, Bundesgruppe, NFI

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1. Die NaturFreunde setzen sich auf lokaler Ebene, aber auch landes- und bundesweit dafür ein, dass möglichst umgehend die Produktion von Treibstoffen aus Nahrungspflanzen (Agrotreibstoffe) eingestellt wird. Als erste Maßnahme muss die gesetzlich vorgeschriebene Beimischung von Bioethanol in das Benzin (E 10) sofort ausgesetzt werden. Ziel muss sein, auf die Verwendung von Nahrungspflanzen als Treibstoff ganz zu verzichten.
2. Die Mitglieder werden aufgefordert, auf die Verwendung von E10 zu verzichten.

Begründung:

Die weltweite Verknappung und Verteuerung von Lebensmitteln wird durch die rasant ansteigende Produktionsmenge von Agrosprit aus Nahrungspflanzen deutlich verschärft. Soziale Verwerfungen und letztlich Hungersnöte sind die Folgen.

Umweltfreundliche Bioenergie muss in Deutschland vermehrt aus Rest- u. Abfallstoffen in Kraft-Wärmekoppelungsanlagen genutzt werden. Viele Experten, vor allem auch Umwelt- u. Verbraucherorganisationen sehen das Experiment „Agrosprit“ - auch umweltpolitisch - als gescheitert an. Die bisherigen gigantischen „Landnahmen“ und Urwaldrodungen für Biosprit haben den weltweiten Treibstoffbedarf nur zu 2,5 % decken können. Beteiligt an dem unstillbaren Landhunger sind alle Industrieländer, vor allem die Agrar- u. Energiegroßkonzerne bedienen sich in Afrika und Asien großzügig mit zweifelhaften Versprechungen. Diese Flächen stehen nicht mehr für den Anbau von Nahrungsmitteln der einheimischen Bevölkerung zur Verfügung. In Anbetracht von über einer Milliarde von hungernder Menschen, ist die Politik des weiter so, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Zu befürchten sind als Folge des zunehmenden „Landgrabblings“, weitere Regenwaldabholzungen, Palmölmonoplantagen, Klimakatastrophen und Artensterben. Unter den Sammelbegriff „Agrosprit“ fallen z. B. Biodiesel aus Ölpflanzen, Bioethanol (im E 10) aus Getreide oder anderen Energiepflanzen. In Deutschland werden derzeit auch schon auf 20 % der landwirtschaftlichen Fläche nachwachsende Rohstoffpflanzen angebaut und stehen in direkter Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion.

Eine Ausweitung dieser Flächen würde ökologisch bedenkliche und klimaschädliche Prozesse in Gang setzen. So sind beispielsweise durch verstärkten Grünlandumbruch enorme Umweltschäden vorprogrammiert: Freisetzung von Unmengen Kohlendioxid (CO²) und Lachgas (N²O), Nährstoffaustrag, Grundwasserbelastung, vermehrter Kunstdünger- und Pestizideinsatz und weitere Artenverarmung.

Abstimmung:

ja

nein

Enthaltung

Antragsteller: Fachbereich Umwelt

**Gefahr für Boden und Grundwasser - keine giftige Gasgewinnung
NaturFreunde für Verbot von Schiefergasförderung mittels Fracking**

Empfänger: Umweltminister Peter Altmaier, Umweltminister Franz Untersteller,
Bundesgruppe, NFI.

Die Landeskonzferenz möge beschließen:

1. Die NaturFreunde Württemberg e.V. fordern zum einen die Bundesregierung auf das Aufsuchen und Fördern von Schiefergas mit den derzeitigen Methoden des Frackings generell in Deutschland zu verbieten.
2. Für die Genehmigung konkreter Fracking-Projekte sind die Bundesländer zuständig. Die NaturFreunde Württemberg e.V. begrüßen die kritische Einschätzung des Frackings von Seiten der Landesregierung und fordern Herrn Umweltminister Untersteller auf, keine Fracking-Projekte in Baden-Württemberg zu genehmigen.

Begründung:

Die Förderung von Schiefergas mittels Fracking birgt unkalkulierbare und viel zu große Risiken für die Umwelt, insbesondere für das Grundwasser.

Beim Fracking werden Bohrlöcher in sehr großer Tiefe waagrecht durch gasundurchlässige Gesteinsschichten geführt. Mittels der sogenannten Fracking-Methode wird dann mit Hilfe von Druckwasser (bis zu 34 Mio. Liter Wasser pro Bohrloch) und teilweise giftigen Chemikalien das Gestein aufgebrochen, um das darin gefangene Gas zu befreien. Damit die dabei entstehenden Risse offenbleiben, müssen zusätzlich je Bohrloch etwa 6.000 bis 8.000 t Sand eingebracht werden.

Das bei der Förderung des Gases entstehende Lagerstättenwasser ist hochgiftig und wird in der Regel in alten Bohrlöchern wieder verpresst, wobei eine Kontaminierung des Grundwassers nicht auszuschließen ist. Es ist ebenfalls nicht auszuschließen, dass durch Fracking das Gas direkt unkontrolliert in grundwasserführende Schichten gelangt und damit das Grundwasser mit Methan verseucht wird. Entsprechende Unfälle sind in den USA bereits vorgekommen. Bisher kaum beachtet wurde, dass die gasführenden Gesteinsschichten eine wichtige Trennfunktion im Untergrund für die Stockwerksgliederung des Grundwassers erfüllen. Diese Trennwirkung wird beim Fracking aufgehoben mit schwer kalkulierbaren Folgen für das über- und unterlagernde Wasser.

Abstimmung:

ja

nein

Enthaltung

Antragsteller: Fachbereich Umwelt

Nicht alle zahlen für die Energiewende. Fehlentwicklungen bei der EEG-Umlage stoppen. Unternehmen müssen die günstigeren Einkaufspreise an die Endverbraucher weitergeben

Empfänger: Umweltminister Peter Altmaier, Bundesgruppe, NFI.

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1. Die NaturFreunde Württemberg e.V. fordern die Bundesregierung auf, ihre exzessive und sozial ungerechte Subventionspolitik zur Entlastung energieintensiver Unternehmen zu beenden. Nur Betriebe, die nachweislich gravierende Nachteile im internationalen Wettbewerb durch die EEG-Umlage darlegen können, sollen durch die „Besondere Ausgleichsregelung“ von der EEG-Umlage befreit werden. Alle anderen Unternehmen müssen die EEG-Umlage bezahlen. Dadurch werden die Kosten der Energiewende auf mehr Schultern verteilt, die Umlage sinkt und die BürgerInnen werden finanziell entlastet. Die inzwischen auf über 2000 Betriebe angestiegene Anzahl von Ausnahmeregelungen ist inflationär und muss deutlich reduziert werden. Außerdem fehlt durch die großzügige Befreiung für energieintensive Unternehmen jeglicher Anreiz zum Stromsparen, was allen Umweltschutzbestrebungen völlig widerspricht.
2. Die NaturFreunde Württemberg e.V. fordern die Bundesregierung auf ein neues Konzept für die EEG-Umlage zu erstellen, welches die Unternehmen zur Weitergabe der günstigen Einkaufspreise an den Endverbraucher zwingt. In jeder Branche werden Produkte günstiger, wenn der Rohstoffpreis sinkt – nur auf dem Strommarkt nicht. Die Stromversorger entziehen sich dem Wettbewerb.

Begründung:

Die NaturFreunde Württemberg e.V. sehen in der Energiewende eine gemeinsame Aufgabe der deutschen Gesellschaft. Dieses epochale Vorhaben kann nur mit vereinten Kräften von Politik, Industrie, Wirtschaft und BürgerInnen gelingen und wird auch nicht zum Nulltarif zu haben sein.

Der Strompreis wird in den kommenden Jahren weiter steigen, das liegt aber nicht nur an den tatsächlichen Kosten der Energiewende. Ein zentraler Grund für die Preisexplosion sind die Ausnahme-Privilegien, die die Politik vielen Unternehmen einräumt. Während den privaten Haushalten, Kleinbetrieben und dem Mittelstand von Jahr zur Jahr höhere Förderkosten für den wachsenden Ökostromanteil zugemutet werden (EEG-Umlage), können sich immer mehr größere Unternehmen einer solidarischen Finanzierung der Energiewende entziehen. Ursache ist ein taktischer Eingriff der Politik, die sogenannte „Besondere Ausgleichsregelung“, die große Stromverbraucher von Netzentgelten und der EEG-Umlage großzügig befreit, um sie im internationalen Wettbewerb nicht zu schwächen.

Die Ausweitung der großzügigen Rabatte für 800 Betriebe im Jahr 2012 auf über 2000 Betriebe in 2013, darunter der Geflügel-Multi „Wiesenhof“ sowie Seifen- oder Erfrischungsgetränkehersteller und sogar verschiedene Stadtwerke, ist unsozial und aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar und auch nicht zu verantworten. Über vier Milliarden Euro wird die energieintensive Wirtschaft in 2013 auf diese Weise einsparen. Das sind über 30% der für 2013 vorausgesagten EEG-Gesamtvergütung, die vom Rest der Gesellschaft zusätzlich geschultert werden müssen. Was die Strompreis-privilegierten auf die Seite legen können, müssen kleinere und mittelständische Unternehmen sowie alle privaten Haushalte ausgleichen, das heißt draufzahlen. Vor dem Hintergrund, dass bundesweit jetzt schon 600.000 Haushalte ihre Strom- und Gasrechnung nicht mehr begleichen können und deshalb nicht mehr beliefert werden, ist diese ausufernde Subventionspolitik für die NaturFreunde Württemberg ein unhaltbarer Zustand, der unbedingt korrigiert werden muss. Weil die erneuerbaren Energien die Strommärkte inzwischen üppig versorgen, sinken mit dem gestiegenen Stromangebot die Großhandelspreise. An der Strombörse sind deshalb die Preise in den letzten anderthalb Jahren erheblich gefallen, aber dennoch steigen und steigen die Kosten für die Verbraucher. Ein maßgeblicher Grund ist, dass die Unternehmen die günstigeren Einkaufspreise nicht an den Endverbraucher weitergeben. Hier muss durch eine Generalüberholung der EEG-Umlage gegengesteuert werden.

Abstimmung:

ja

nein

Enthaltung